



## Wahlprüfsteine des AKF zur Kommunalwahl 2020

### Antworten KölnSPD

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Frauen und Männer gleiche Rechte und Chancen haben – nicht nur auf dem Papier, sondern im täglichen Leben. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben können.

Wir wollen, dass Frauen und Männer ihren Weg – gemeinsam oder getrennt, mit und ohne Familie – selbstbestimmt wählen können. (Quelle: Grundsatzprogramm der SPD – Hamburger Programm 2007)

Die SPD steht in ihren Grundsätzen seit über einem Jahrhundert für die Gleichstellung der Geschlechter. Ohne die SPD hätte es kein Frauenwahlrecht, keinen Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz und die allermeisten Gleichstellungsgesetze in Deutschland nicht gegeben. Gerade auch in Köln gab es berühmte Sozialdemokratinnen wie Marie Juchacz, die AWO Gründerin, Hertha Kraus, die Gründerin der Riehler Heimstätten oder Lie Selter, die bundesweit erste kommunale Gleichstellungsbeauftragte. Wir fühlen uns dieser Historie verpflichtet und werden uns weiter für eine wahre Gleichstellung von Männern und Frauen einsetzen.

Hinweis: Wir zitieren in unseren Antworten größtenteils aus dem Kommunalwahlprogramm der KölnSPD 2020. Die vorgestellte Kombination aus Buchstaben und Zahlen – beispielsweise Wo.1.7. – gibt an, wo die Forderung im Kommunalwahlprogramm steht. Wo.1.7. im Kapitel Wohnen, Ziel 1, Forderung 7.

### Öffentlicher Raum / Stadtentwicklung

Wie stellen Sie sicher, dass die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen bei der Bauleitplanung und Stadtentwicklung berücksichtigt werden (z.B. kurze Wege, dezentrale Infrastruktur, Barrierefreiheit / Behindertengerechtigkeit, Angsträume)?

Ein gutes Köln braucht lebenswerte Veedel. Arbeiten und Wohnen, gute Verkehrsanbindung, Kunst und Kultur, Grün und soziale Einrichtungen gehören hierhin. Dabei muss uns jedes Veedel gleich viel wert sein, damit alle profitieren können. Ein Veedel muss gut erreichbar sein und Angebote für alle Generationen machen. Dazu gehört, dass die Dinge für den täglichen Bedarf leicht verfügbar sind.

In einer lebenswerten Stadt leben Alt und Jung, Arm und Reich und verschiedene Kulturen Tür an Tür. Wir wollen eine integrierte und gemischte Stadtentwicklung, jenseits von Villenvierteln und sozialen Brennpunkten.

Wo.1.7. Wir wollen neue Baugebiete mit urbaner Lebensqualität schaffen – auch in den Außengebieten. Bei der Planung von vornherein mitgedacht wird die Infrastruktur: Schulen, Kitas, Anbindung an Bus und Bahn, der Rad- und Fußverkehr, Elektromobilität, die Nahversorgung, Sportplätze, Bewegungsparcours, Mobilitätshäuser, Räume für Kultur, Begegnungszentren, aber auch Fernwärme, das Glasfasernetz und weitere Smart-City-Konzepte.



Z.1.2. Wir werden die öffentlichen Plätze aufwerten. Wir werden sie so gestalten, dass sie Kommunikation ermöglichen und zum Aufenthalt im Freien einladen; ohne dass dabei die Interessen der Anwohner\*innen vernachlässigt werden.

Z.1.3. Wir werden mehr Chancen für Menschen mit Behinderung erschließen und die Entwicklung sowie den Erfolg von Initiativen für gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft vorantreiben.

Z.3.3 Wir werden uns um die Orte kümmern, an denen sich Menschen unsicher fühlen. Öffentliche Räume sollen aufgehellert werden, um die sprichwörtlich dunklen Ecken zu verhindern. Durch den Ausbau von Streetwork soll für öffentliche Brennpunkte vor Ort ausreichend Ansprechpersonal bereitgestellt werden.

**Was halten Sie von verbindlichen Vorgaben in den „Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen“, damit auch die Verdienste von Frauen sichtbar gewürdigt werden?**

Aufgrund des Antrags der SPD Ratsfraktion vom 06.02.2017 wurde die bestehende Richtlinie der Stadt Köln zu Straßenbenennungen bereits dahingehend geändert, dass §2 Abs 4 in Bezug auf Gleichstellung eingefügt wurde: „Grundsätzlich ist bei der Benennung von Straßen und Plätzen auf ein ausgewogenes Verhältnis in Bezug auf weibliche und männliche Namen zu achten.“

Im aktuellen Kommunalwahlprogramm gehen wir über diese Forderungen noch hinaus:  
Z.2.2. Bei Straßenbenennungen werden bis zur Parität Frauennamen bevorzugt. Auch bei Auszeichnungen durch die Stadt wie Ehrenbürgerschaften, Preise oder Orden sollen Frauen stärker als bisher berücksichtigt werden.

Für die konkrete Umsetzung dieser Richtlinie sind die Bezirksvertretungen zuständig. Dort werden Namensvorschläge eingebracht und bei Neu- oder Umbenennungen von Straßen auf diese zurückgegriffen. Die SPD wird ihren Vertreter\*innen in den Bezirken Namensvorschläge für die Straßenbenennungen nach Frauen zur Verfügung stellen.

## **Kinderbetreuung / Bildung**

Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft ist die Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen. Damit kann der Traum eines jeden vom Aufstieg durch Bildung verwirklicht werden – ein Kerngedanke der Sozialdemokratie.

Der Schule kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Vor allem die Gesamtschule und die Ganztagschule eröffnen für die Bildungsförderung unverzichtbare Chancen und mehr Bildungsgerechtigkeit. Für uns ist aber wichtig: Bildungschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängen, denn wir sind davon überzeugt, dass jede und jeder Fähigkeiten und Begabungen besitzt, die sie oder er in die Gesellschaft einbringen kann. Daher ist uns der Gedanke der Integration und der Inklusion besonders wichtig.

Der Bildungsweg beginnt schon bei den Kleinsten. Bildung muss deshalb im gesamten Lebenslauf beitragsfrei sein. Noch immer sind Bildung und Teilhabe abhängig vom Geldbeutel der Eltern und dem sozialen Hintergrund der Familien. Schulen in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen brauchen mehr Unterstützung. Dies wollen wir mit der Stärkung unseres schulscharfen Sozialindex erreichen.



Was wollen Sie tun, damit Kinderbetreuungsangebote in Köln auch in den Randzeiten (Abende, Wochenenden, Ferien) und in besonderen Situationen, z.B. wenn das Geschwisterkind im Krankenhaus und familiäre Betreuung nicht möglich ist, zur Verfügung stehen?

Bereits 2007 beschloss der Rat auf Antrag der SPD in allen neun Stadtbezirken in jeweils einer Kindertageseinrichtung erweiterte Öffnungszeiten modellhaft zu erproben. In sieben der neun Stadtbezirke gibt es heute insgesamt neun Kindergärten mit Randzeitenbetreuung.

In.11.6. ... Für die neuen Betreuungsbedarfe, zum Beispiel durch veränderte Arbeitszeiten, müssen im System der Kinderbetreuung neue und flexible Lösungen gefunden werden.

In.14.1. Für die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz ab dem Jahr 2025 müssen bereits in naher Zukunft die Weichen auch vor Ort gestellt werden. Deshalb wollen wir Konzepte entwickeln, wie dies sinnvoll und umfassend erreicht werden kann. Hierzu bedarf es intensiver Einbeziehung des Landes.

In.14.4. Besonders wichtig im Ganztag ist uns ein qualifiziertes Ferienprogramm. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses attraktiv und vielseitig ist und über den Betreuungsauftrag hinaus auch den Bildungsauftrag einbezieht. Die städtischen Projekte müssen in den Ferien mit den Ganztagschulen abgestimmt werden. Im Rahmen der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung sollen hierzu Ansätze entwickelt werden.

Wie wollen Sie den Ausbau der U3-Betreuung in Köln quantitativ und qualitativ vorantreiben?

In.11.1. Wir wollen einen nachhaltigen Ausbau der Plätze in den Kindertageseinrichtungen – und soweit Bedarf vorliegt – auch in der Kindertagespflege insbesondere für die unter Dreijährigen erreichen, damit der Rechtsanspruch auch für alle Eltern, die dies wollen, gesichert werden kann.

In.11.3. Eine gute frühe Förderung setzt ausreichend qualifizierte Fachkräfte voraus. Wir wollen erreichen, dass in den städtischen Berufskollegs die entsprechenden Ausbildungsgänge erheblich ausgeweitet werden. Dabei wollen wir auch das Land in die Pflicht nehmen: Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten soll für mehr Plätze Sorge getragen werden.

Flankiert werden die Bemühungen auf kommunaler Ebene durch die SPD auf Bundesebene, die als Regierungspartei mit dem Gute Kita Gesetz mehr Geld für die Qualität der Betreuung zur Verfügung gestellt hat. Zudem wirbt das SPD geführte Bundesministerium mit dem Bundesprogramm "Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher" um entsprechendes Personal. Mit dem Programm sollen sowohl zusätzliche Zielgruppen für den Beruf gewonnen als auch neue Impulse gesetzt werden, um erfahrene Fachkräfte im Beruf zu halten.

Wie wollen Sie erreichen, dass bei der Nachmittagsbetreuung an den Schulen die Qualität der Angebote und die angemessene Bezahlung des Personals gesichert sind?

In.14.6. Zur Förderung der Qualität der täglichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen werden wir mehr pädagogisches Personal anstellen bzw. die Stundenzahl erhöhen und einen angemessenen Personalschlüssel samt entsprechenden Qualitätsstandards festlegen – pädagogisch wie räumlich. Die Träger des offenen Ganztags sollen durch eine angemessene Förderung durch Land und Stadt in die Lage versetzt werden, ihre Mitarbeiter\*innen tarifgerecht – entsprechend des TVÖD – zu entlohnen. Die Stadt selber wird nur noch mit Trägern zusammenarbeiten, die den TVÖD anwenden.



### Wie wollen Sie die Versorgung mit kostengünstigen Ferien- und Förderangeboten für Schulkinder in Köln weiter ausbauen?

In.11.2. Für uns gilt: Wer Einrichtungen der frühen Bildung besucht, soll dies beitragsfrei machen können. Dies wollen wir gemeinsam mit dem Land zukünftig sicherstellen.

In.13.6. Insgesamt wollen wir, wo es möglich ist, Freiräume für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt schaffen. Bei der Sanierung und Neuanlage von Spielplätzen wollen wir das Nadelöhr der personellen Ressourcen beseitigen. Damit unsere Kinder und Jugendlichen spielen und sich entwickeln können, brauchen wir aber auch mehr und besser ausgestattete Treffpunkte. Unter anderem streiten wir daher weiterhin für die Einrichtung einer offenen Jugendeinrichtung mit medienpädagogischem Schwerpunkt.

In.13.9. Wir wollen das Umweltbildungsangebot an außerschulischen Bildungsangeboten fördern und weiter ausbauen.

In.14.4. Besonders wichtig im Ganzttag ist uns ein qualifiziertes Ferienprogramm. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses attraktiv und vielseitig ist und über den Betreuungsauftrag hinaus auch den Bildungsauftrag einbezieht. Die städtischen Projekte müssen in den Ferien mit den Ganzttagsschulen abgestimmt werden. Im Rahmen der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung sollen hierzu Ansätze entwickelt werden.

In.14.7. Da sowohl familiäre Ressourcen als auch das direkte Nahumfeld von Kindern und Jugendlichen das Aufwachsen prägen, verfolgen wir die Vision von lokalen Bildungslandschaften in allen Kölner Stadtteilen.

### Wie wollen Sie die Förderung von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund in Köln verstärken?

Knapp 40% aller Bürger\*innen in Köln haben eine Zuwanderungsgeschichte. Jede fünfte Kölner Bürger\*in hat einen ausländischen Pass. Ein friedliches und zukunftsorientiertes Miteinander von Menschen aus verschiedenen Ethnien und Kulturen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen.

Unter den Kandidatinnen der KölnSPD für den Stadtrat sind Frauen mit türkischen, marokkanischen, bulgarischen und litauischen Wurzeln und auch auf der SPD Liste für den Integrationsrat kandidieren Frauen (und Männer) mit unterschiedlichem Migrationshintergrund. Wir wissen also nicht nur um die Talente und Potentiale von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund, sondern nutzen sie auch. Diese Frauen bringen interkulturelle Kompetenz mit, die sie sowohl bei der Verwirklichung der persönlichen Entwicklung als auch bei der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse einsetzen können.

Um Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund in Köln zu fördern, unterstützen wir bestehende Angebote wie beispielsweise den Interkulturellen Mädchentreff des Vereins Lobby für Mädchen e. V.

In.16.3. Geflüchteten jungen Menschen wollen wir weiterführende Unterstützung gewährleisten, je nach Anzahl der Schüler\*innen mit Fluchtgeschichte sollen mehr Stellen für die Schulsozialarbeit geschaffen werden.

## Beruf / Wirtschaftsförderung

Welche Möglichkeiten sehen Sie für die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH, Gründerinnen und gründungsinteressierte Frauen gezielt anzusprechen (insb. bei Gründungs- und Start-up-Veranstaltungen), damit ihr Anteil bei Start-ups und anderen Gründungen angemessen steigt?

Die SPD hat als Regierungspartei auf Bundesebene die bundesweite gründerinnenagentur (bga) eingerichtet. Die bga vermittelt Gründerinnen und Unternehmerinnen den Zugang zu Beratung sowie zu Netzwerken. Auch in der im Frühjahr 2020 veröffentlichten Nationalen Gleichstellungsstrategie wurde das Ziel verankert, Unterstützungsmaßnahmen für Gründerinnen und Unternehmerinnen weiterzuentwickeln und auszubauen. Auch die KölnBusiness WirtschaftsförderungsGmbH kann auf die zahlreichen Programme auf Bundes- und Landesebene zur Förderung von Gründerinnen zurückgreifen. Interessierte Frauen können sich aber auch direkt an die bga wenden.

## Kultur

Welche Möglichkeiten sehen Sie bei der Förderung von Kulturangeboten (Ausstellungen, Konzerten, Lesungen, Festivals etc.) die gleichberechtigte Präsenz von weiblichen Kulturschaffenden sowie Werken von Künstlerinnen zur Bedingung zu machen? Wie wollen Sie sicherstellen, dass bei der Vergabe von Atelier- und Musikübungsräumen, ob in städtischem Eigentum oder städtisch bezuschusst, Künstlerinnen gleichberechtigt berücksichtigt werden?

Wie sorgen Sie dafür, dass bei der Bezuschussung von freien Kulturinitiativen ein besonderes Augenmerk auf Frauen legt wird?

Welche Vorkehrungen wollen Sie treffen, damit Frauen bei der Vergabe von Preisen und Stipendien im Kulturbereich gezielt angesprochen und besonders berücksichtigt werden?

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Kölner Frauenkultureinrichtungen und -initiativen nachhaltig gefördert werden?

Köln ist eine Stadt, in der Kunst und Kultur eine wichtige und unverzichtbare Rolle spielen. Die öffentlichen und freien Kultureinrichtungen, aber auch die freie Szene insgesamt haben eine große Strahlkraft weit über Köln hinaus.

Mit dem Kulturentwicklungsplan ist unter Beteiligung der Kulturschaffenden in Köln ein wichtiger Schritt gelungen. Es wurden verbindliche Positionen gemeinsam mit der freien Szene formuliert, die wir nun realisieren wollen. Das wird eine Aufgabe für die kommenden Jahre, denn bei der Gestaltung von Kölns Zukunft ist der Kulturentwicklungsplan als verbindliche Richtschnur des kulturpolitischen Handelns maßgeblich. Der Kulturentwicklungsplan bezieht sich explizit auf die von der Stadt Köln unterzeichnete Charta der Vielfalt.

Wi.7.3. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stadt Köln die geschlechtergerechte Haushaltsplanung einführt, das so genannte gender budgeting. In der jährlichen Haushaltsplanung sollen diese Budgets explizit ausgewiesen werden.

## Wohnen

Haben Sie Ideen, wie die Stadt Anreize dafür schaffen kann, dass mehr alleinlebende Seniorinnen in kleinere, Barriere ärmere Wohnungen unter vergleichbaren Mietbedingungen wechseln können?

Wie wollen Sie die Anstrengungen für mehr finanzierbaren Wohnraum in Köln verstärken, der insb. von Alleinerziehenden, Alleinverdienerinnen sowie Frauen mit kleiner Rente oder geringem Einkommen gebraucht wird?

Halten Sie die Errichtung von Frauenwohnhöfen in Köln für besonders unterstützenswert?

Welche Möglichkeiten sehen Sie, wie die Stadt die Einrichtung von Seniorinnen-WGs unterstützen kann?

In Köln zu wohnen, das sollten sich alle Menschen leisten können. Egal ob Friseur oder Lehrerin, Studentin oder Rentner, Single oder mit Familie. Wenn sie die Lebensumstände verändern und ein Umzug ansteht, sollte man auch wieder eine Wohnung finden können, die bezahlbar ist.

Wohnen ist ein Grundrecht und eine sichere, intakte Wohnung ist Teil der Menschenwürde. Doch gerade für sie – für Studierende, für Auszubildende, Familien, Menschen mit Behinderungen oder von Obdachlosigkeit bedrohte Bürger\*innen – gibt es derzeit zu wenig Wohnraum in Köln.

Innovative Ideen wie gemeinsame Wohnflächenkonzepte für Studierende und Azubis, kooperative und inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenhäuser, Senior\*innenwohnen, Demenzkrankenwohngruppen, Co- und Microhousing müssen häufiger eine Chance bekommen.

Wir brauchen mehr neue Wohnungen, aktuell 6.000 pro Jahr – 2017 wurden aber nur gut 2.100 gebaut. Bei den Sozialwohnungen sieht es ähnlich aus: 1.000 sollen pro Jahr gebaut werden – um Wohnen bezahlbar zu machen, brauchen wir aber mindestens 2.000.

Der SPD-Oberbürgermeisterkandidat Andreas Kossiski strebt die Schaffung von 10.000 neuen Wohnungen im Jahr an, davon 5.000 öffentlich geförderte.

Wir fordern 500 Millionen Euro für den Wohnungsbau in den nächsten fünf Jahren. Mit dem Geld kann die Stadt Köln

- neue Wohnungen fördern,
- Grundstücke für Sozialwohnungen kaufen,
- städtische Grundstücke günstiger vergeben,
- Bürgschaften an städtische Gesellschaften vergeben und
- städtische Wohnungsbaugesellschaften durch Finanzspritzen unterstützen.

Wo.1.1. Köln muss mehr öffentlich geförderte Wohnungen bauen. Ziel ist es, eine Quote von 50% zu erreichen. Dafür wollen wir im städtischen Haushalt für die nächsten fünf Jahre 500 Millionen Euro ausgeben – und deutlich mehr Flächen für den Wohnungsbau bereitstellen.

Wo.1.3. Wir fordern, dass die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke jedes Jahr 500 Wohnungen baut. Auch die GAG soll ihre Neubautätigkeit ausweiten und 1500 neue Wohnungen im Jahr bauen oder modernisieren. Gleichzeitig fördern wir die Neugründung



von Genossenschaften sowie Mietshausyndikaten und eine Wiederbelebung des Werkwohnungsbaus. Eine Privatisierung der städtischen GAG werden wir auch in Zukunft verhindern.

Wo.1.4. Neben geförderten Wohnungen wollen wir gemeinwohlorientierte Vermieter\*innen fördern – auf städtischen Grundstücken, die auf Erbpacht verbilligt vergeben werden und die im Gegenzug für 99 Jahre nur moderate Mietsteigerungen auslösen.

Wo.2.1. Wir werden alle Optionen zur Verlängerung der Sozialbindung für geförderten Wohnungsbau nutzen. Belegrechtsverträge mit entsprechenden Anreizen sorgen außerdem dafür, dass private Vermieter\*innen auch für soziale Wohnungsbelegung zur Verfügung stehen.

Wo.6.4. Wir unterstützen innovative Wohnformen und kooperative Wohnprojekte wie Mehrgenerationenwohnen, Co-Housing und flexible Wohnflächenkonzepte. Dazu werden wir Beratungsstellen einrichten.

Wo.6.6. Beim Wechsel in eine kleinere Wohnung, wie es besonders im Alter häufig erwünscht ist, muss den Mieter\*innen Unterstützung angeboten werden. Eine solche Unterstützung muss es auch für die Regelung von Untervermietung geben. Wir wollen deshalb die Genossenschaften für die Einrichtung einer entsprechenden Stelle gewinnen und dieses Konzept bei Erfolg mit städtischen Mitteln ausweiten.

Wo.6.7. Wir werden Wohnungssuchenden durch den Aufbau einer entsprechenden Plattform eine Stimme geben und Möglichkeiten zur Vernetzung und Austausch schaffen.

## **Gewalt**

**Was beabsichtigen Sie zu unternehmen, damit die Stadt Köln die Zielquoten der Istanbul-Konvention als Mindestgröße für die Schaffung von Schutzplätzen für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen erreicht?**

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass es dauerhaft ausreichend Beratungs- und Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen in Köln gibt?**

Die SPD arbeitet vor allem auf Bundesebene mit der zuständigen Ministerin, Franziska Giffey an einem individuellen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz für von Gewalt betroffene Personen. Derzeit setzt sich Finanzierung aus Pauschalen, Abtretungen, Spenden etc zusammen und ist in der Regel nicht langfristig gesichert. Sobald es einen solchen Rechtsanspruch gibt, muss auch die Finanzierung langfristig gesichert werden.

Z.3.5. Wir werden einen bedarfsgerechten Ausbau der Frauenhäuser veranlassen, die ausreichende finanzielle Ausstattung, außerdem den Schutz und die Beratung von besonders bedrohten Frauen fördern – geflüchtete Frauen, Frauen ohne Wohnung und Frauen in der Prostitution.

Z.3.6. Wir unterstützen freie Träger bei ihrer Arbeit mit Mädchen und Frauen. Außerdem Projekte, die Männern dabei helfen, Wege aus der Gewalt zu finden.

## Übergreifendes

Welche Bedeutung messen Sie den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) für das Zielgerüst des Haushaltes der Stadt Köln bei? Welche Relevanz hat dabei für Sie das 5. Ziel, Gender Equality?

Wi.7.3. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stadt Köln die geschlechtergerechte Haushaltsplanung einführt, das so genannte gender budgeting. In der jährlichen Haushaltsplanung sollen diese Budgets explizit ausgewiesen werden.

Was halten Sie von einer paritätischen Besetzung von städtischen Kommissionen, Jürs, Beiräten etc., bei denen es um die Vergabe von Preisen, Fördermitteln, Stipendien u.ä. geht (z.B. in den Bereichen Kultur, Jugend, Wirtschaft)?

Wie gehen Sie mit der Forderung nach einer Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen sowie Geschäftsführungen von Kölner Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften um?

Wi.7.3. Wir engagieren uns konsequent für die Gleichstellung von Mann und Frau. Wir gehen dabei über die gesetzlichen Vorgaben zu weiblichen Führungskräften hinaus und streben eine paritätische Besetzung von Führungspositionen an. Für die Aufsichtsräte der städtischen Gesellschaften wollen wir die Parität bereits 2021 erreichen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, Vorgaben des Landesgleichstellungsgesetzes in die Satzungen der städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften aufzunehmen, wie in § 2 Abs. 2 LGG NRW geboten?

Die Satzungen und Gesellschaftsverträgen der kommunalen Unternehmen enthalten jeweils Bestimmungen, gemäß denen in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden sollen. Sollte eine solche Regelung in einigen Gesellschaftsverträgen noch nicht eingeführt sein, fordern und unterstützen wir die Einfügung.